

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 05.07.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried
Futterer, Anja
Gebauer, Stefan
Hertenstein, Klaus
Kamenzin, Peter
Keller, Bernd
Leiber, Klaus
Maier, Bernhard
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schoch, Martin
Steiner, Gerhard
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Stärk, Patrick

Verwaltung

Distler, Matthias
Freisleben, Peter
Mors, Benjamin
Pecher, Axel
Biethinger, Katharina

zu Top 3 ö

Sonstige

Mayer, Reinhold
Sartena, Peter

Abwesend:

Mitglieder

Fritschi, Erika	entschuldigt
Höfler, Armin	entschuldigt
Moser, Andrea	entschuldigt
Nilson, Lars	entschuldigt
Veit, Emil	entschuldigt

Zuhörer: 10

Pressevertreter: 1 Südkurier, 1 Singener Wochenblatt, 1 Hegaukurier

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträtin Anja Futterer und der Stadtrat Jürgen Waldschütz nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Es sind keine nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung am 14.06.2016 bekannt zu geben.

3 Beschlussfassung über die Bezuschussung der Musikschule Engen Vorlage: 124-16

Bürgermeister Moser verweist auf die Vorlage Nr. 124-16 und hebt darauf ab, dass Grundvoraussetzung für eine Bezuschussung die Umwandlung in eine gemeinnützige Unternehmensstruktur darstellt. Er informiert, dass der Antrag nichtöffentlich vorbereitet sei. Bürgermeister Moser trägt im Einzelnen die Beschlussziffern vor und betont, dass eine Übernahme in eine kommunale Trägerschaft nicht angestrebt werde und künftig eine ortsübliche Miete für die Nutzung der Räumlichkeiten erhoben werde. Er ist sich auch bewusst, dass der vorliegende Sachverhalt ein Grundsatzbeschluss darstelle, der bei gleichen Voraussetzungen in anderen privaten Musikschulen ebenfalls eine Förderung seitens der Stadt Engen auslösen könne.

Stadtrat Gerhard Steiner spricht von einem relativ langen Entscheidungsfindungsprozess. Der Gemeinderat habe sich dabei durchaus schwer getan und dieses Ringen dokumentiere sich auch in der Beschlussziffer drei, wonach die Stadt Engen keine kommunale Trägerschaft der Musikschule Engen anstrebe. Gleichzeitig weist auch Stadtrat Gerhard Steiner darauf hin, dass durch diese Beschlussfassung eine größtmögliche Gleichbehandlung aller Musikschulen gewahrt bliebe.

Auch Stadtrat Jürgen Waldschütz unterstreicht, dass die Stadt Engen keine kommunale Trägerschaft der Musikschule Engen anstrebe. Er bezeichnet die musikalische Ausbildung auf Basis privater Musikschulen sowie der Bläuserschule der Stadtmusik als hervorragendes und passendes Konstrukt für die Stadt Engen auf dem Sektor der musikalischen Bildung. Die Fraktion der CDU könne die Beschlussvorschläge durchaus so mittragen. Etwas irritiert zeigt er sich über ein E-Mail einer Bürgerin, die den Gemeinderat um Vertagung des Tagesordnungspunktes gebeten habe. Dies zeige ihm, dass das Bürgerinformationssystem in der Bürgerschaft offensichtlich nicht bekannt sei und er bittet darauf hinzuwirken, diese hervorragende Informationsmöglichkeit für die Bürgerschaft noch mehr bekannt zu machen. Bürgermeister Moser sichert dies zu, wobei zu Beginn des Jahres im Hegaukurier darauf hingewiesen worden sei. Man werde dies gerne wiederholen, so Bürgermeister Moser und eine bessere Verlinkung auf der Homepage sei ebenfalls angedacht.

Der Gemeinderat fasst bei einer Enthaltung (Urs Scheller) einstimmig folgenden **Beschluss:**

1. Eine Bezuschussung durch die Stadt Engen erfolgt unter der Maßgabe, dass alle sonstigen Voraussetzungen zum Erhalt der Landesförderung nach Jugendbildungsgesetz von der Musikschule erfüllt werden. Sollte eine Landesförderung nach Jugendbildungsgesetz nicht gewährt werden, erfolgt auch keine Bezuschussung durch die Stadt Engen. Ein Wegfall der Bezuschussung ist ebenfalls gegeben, sollte das Land die Gemeinnützigkeit der Unterneh-

mergesellschaft (haftungsbeschränkt) nicht mehr anerkennen. Eventuell schon erhaltene Zuschüsse sind zurück zu zahlen.

2. In Anlehnung an das Jugendbildungsgesetz gewährt die Stadt Engen der Musikschule einen Zuschuss von 10 Prozent der Aufwendungen für pädagogisches Personal, höchstens jedoch 20.000 Euro pro Jahr. Der Zuschuss wird erstmals für das Jahr 2017 gewährt und ist jährlich schriftlich anzufordern. Die Musikschule ist verpflichtet, der Stadtverwaltung Einblick in alle für die Förderung relevanten Unterlagen zu gewähren. Die Verwaltung wird beauftragt, Details zur Auszahlung des Zuschusses mit der Musikschule auszuhandeln.
3. Die Stadt Engen bestätigt, dass die Musikschule im Einvernehmen mit der Stadt arbeitet. Eine Musikschule unter kommunaler Trägerschaft wird nicht angestrebt.
4. Der Mietzins für die Geschäftsräume im Kloster St. Wolfgang wird in ortsüblicher Miete erhoben.

4 Beratung über den Austrittswunsch der Stadt Engen aus der Fördergesellschaft für die Hospizarbeit in Singen und im Hegau sowie für die gemeinnützige Krankenhausbetriebsgesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH Vorlage: 130-16

Bürgermeister Moser führt die Thematik aus und skizziert die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit insbesondere mit den Reduzierungen von Leistungen des Klinikverbunds am Standort Engen. Er berichtet von zwei Interessenten, die die beiden oberen Stockwerke gerne nutzen würden. In einem Fall würde der Interessent 1,3 Millionen Euro investieren. Sollten die Maßnahmen Mehrkosten erfordern, so müsste derzeit das Klinikum hierfür einstehen. Dieses ist jedoch nicht dazu bereit. Beim zweiten Interessenten müsste das Klinikum die Investitionskosten komplett tragen und der Interessent würde über erhöhte Mietzahlung diese Investition refinanzieren. Auch hierzu sieht sich das Klinikum außer Stande. Die Stadt Engen könne mit Hinweis auf eine Auskunft der Rechtsaufsicht, welche in den vergangenen Tagen eingegangen sei, hier keine Zahlungen leisten. Bürgermeister Moser zeigt seine Enttäuschung über die Entwicklung vor allem hinter dem Hintergrund, dass der Gesellschafter Engen jegliche Entscheidungen des Verbundes loyal mitgetragen habe. Deshalb könne er nicht nachvollziehen, weshalb dem Wunsch der Stadt Engen nach Austritt aus der Fördergesellschaft und Rücküberweisung der Grundstücke sowie Gebäude nicht entsprochen werden könne. Der Schlüssel, so Bürgermeister Moser, liege hier eindeutig beim Mehrheitsgesellschafter Stadt Singen (78%). Die Austrittsmöglichkeiten seien in einem gemeinsamen Workshop am 01.03.2016 umfassend ausgelotet worden. Ausdrücklich sei dort eine positive Begleitung der Stadt Singen feststellbar gewesen. Umso mehr zeigt sich Bürgermeister Moser irritiert und enttäuscht, dass die Stadt Singen das dem Gemeinderat bekannte Schreiben vom 22.04.2016 übersandt habe, welches eine andere Sprache spricht. Wesentliche Inhalte dieses Schreibens werden von Bürgermeister Moser zitiert. Er stellt klar, dass der Gemeinderat in Singen völlig souverän entscheiden könne und Engen nun damit umgehen müsse, wobei sich die Stadt Engen auch eindeutig positionieren sollte. Bürgermeister Moser ist trotz allem bestrebt, die guten nachbarlichen Beziehungen zur Stadt Singen zu wahren.

Stadtrat Gerhard Steiner stellt fest, dass die Stadt Engen lange Zeit den Vorteil in Anspruch nehmen konnte, ein Krankenhaus vor Ort halten zu können. Die seinerzeitige Fusion sei ein Garant dafür gewesen, Gesundheitsdienstleistungen bis ins vergangene Jahr anbieten zu können. Das Jahr 2015 sei aber unmissverständlich ein Rückschlag gewesen. Eine politische Be-

wertung des Sachverhalts habe er für seine Fraktion bereits in der Haushaltsrede abgegeben und er wiederholt die entsprechende Passage. Die Faktenlage sei heute nun etwas klarer und deutlicher und er ist der Auffassung, dass der Mehrheitsgesellschafter die Muskeln nun spielen lasse. Aus seiner Sicht sei es rechtlich schwierig, im Hinblick auf einen Austritt aus der Fördergesellschaft einen Schritt voran zu kommen. Es sei jedoch auch Tatsache, so Stadtrat Gerhard Steiner, dass der Standort Engen immer noch Teil des Klinikverbundes sei. Er verspüre deshalb eine Verantwortung gegenüber der Dienstleistung des MVZ, im ambulanten OP Bereich und beim Pflegeheim. Er könne lediglich den Rat aussprechen, den Sachstand nun ruhen zu lassen und genau darauf zu achten, dass der Verbund seiner Verantwortung für den Standort Engen gerecht werde. Trotz allem bringt er seinen Unmut über die Haltung der Stadt Singen zum Ausdruck. Auch Bürgermeister Moser ist der Überzeugung, dass in der öffentlichen Diskussion die Verantwortung des Klinikverbundes dokumentiert und eingefordert werde. Im Folgenden führt Bürgermeister Moser nochmals die Möglichkeiten der beiden neuen Interessenten aus. Hier sei der Klinikverbund Landkreis Konstanz in der Pflicht.

Stadtrat Jürgen Waldschütz attestiert, dass die Sicherung des Krankenhausstandortes Engen sehr lange gut funktioniert habe. Er ist jedoch auch der Auffassung, dass die Stadt Singen nun den kleinen Partner Engen hängen lasse. Durch Untätigkeit soll dem Standort Engen endgültig ein Ende gesetzt werden. Er wundert sich über den Sinneswandel der Stadt Singen, der in keiner Art und Weise dem Geist des Workshops entspreche. Er äußert sein tiefes Bedauern, dass seinerzeit keine Ausstiegsklausel im Gesellschaftsvertrag fixiert worden sei. Er ist auch der festen Überzeugung, dass der Klinikverbund eher früher als später das Pflegeheim verkaufen werde. Dies bedauert er auch deshalb, da die Arbeitnehmer natürlich Angebote in anderen Häusern des Klinikverbundes erhalten würden. Die Arbeitsplätze seien dann aber nicht mehr vor Ort. Er stellt unmissverständlich fest, dass er dem Mehrheitsgesellschafter Singen nicht mehr traue. Nach Ansicht von Stadtrat Jürgen Waldschütz könnte die Stadt Engen bei Klarheit über die Eigentumsverhältnisse und nach Austritt aus der Gesellschaft, Ziele und Pläne, was mit dem Areal passieren könnte, deutlich besser realisieren. Gerade der nachfolgende Tagesordnungspunkt mit der Bebauungsplanung zeige, dass die Stadt Engen das planerische Heft des Handelns in der Hand habe und deshalb eigenständig ein Nutzungskonzept erarbeiten könne. Stadtrat Jürgen Waldschütz signalisiert, dass er gerne für seine Fraktion den Antrag einbringen möchte, die Rechte der Stadt Engen notfalls gerichtlich einzuklagen. Bürgermeister Moser verweist nochmals zur Klarheit darauf, dass für den Betrieb – auch im Pflegeheimbereich – der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz zuständig sei und nicht originär die Stadt Singen. Darüber hinaus informiert er, dass das Pflegeheim in ein Kurzzeitpflegehaus umgewandelt werden soll. Ob dann das Pflegeheim wirtschaftlich betrieben werden könne, bleibt abzuwarten. Beispiele vor Ort zeigen jedoch auch, dass private Pflegeheimbetreiber durchaus einen solchen Betrieb mit schwarzen Zahlen schreiben können. Mit Blick auf den vermeintlichen Antrag der CDU-Fraktion regt Bürgermeister Moser an, den städtischen Rechtsbeistand zuerst in eine Sitzung des Gemeinderates einzuladen, um genau dieses Thema zu beraten und erst dann über den gerichtlichen Weg zu entscheiden. Auch Stadtrat Gerhard Steiner verweist nochmals auf die zwei verschiedenen Akteure GLKN und Stadt Singen. Er würde sich wünschen, wenn über den Antrag der CDU-Fraktion heute Beschluss gefasst würde, da es keinen Sinn mache, noch weitere Rechtsanwälte damit zu beschäftigen. Im Gegensatz zu Stadtrat Jürgen Waldschütz sieht er ein schlüssiges Anschlussnutzungskonzept eher für nicht gegeben. Insgesamt warnt er vor einer weiteren Unsicherheit auch im Hinblick auf die noch vorhandene Belegschaft. Bürgermeister Moser wirbt nochmals eindringlich für eine Beratung mit dem städtischen Rechtsanwalt und er hat großen Zweifel, ob der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz seinen Augenmerk auf Engen lege. Bei einer klaren Gesellschafts- und Eigentumssituation hätte die Stadt Engen schnell ein schlüssiges Nutzungskonzept erarbeitet. In der jetzigen Situation könne die Stadt

Engen lediglich fordernd auftreten und man sei auf das Wohlwollen der anderen, weitaus größeren Partner, angewiesen. Im anderen Fall sei man eigenverantwortlich der Akteur. Bürgermeister Moser ist auch der Überzeugung, dass die Entscheidung der Stadt Singen eng mit den Verantwortlichen des GLKN abgestimmt sei. Anschließend stellt Stadtrat Gerhard Steiner nochmals unmissverständlich klar, dass seine Fraktion keine weitere rechtliche Auseinandersetzung befürworte. Für ihn sei die rechtliche Lage relativ eindeutig. Trotzdem wirbt Bürgermeister Moser eindringlich auf eine weitere Beratung, nach der man dann entscheiden könne. Er bittet darum, heute keinen Beschluss über den im Raum stehenden Antrag zu fassen.

Stadtrat Jürgen Waldschütz fragt sich, weshalb dann diese Thematik öffentlich beraten werde, wenn nichts passiere. Bürgermeister Moser verweist auf die Vorschriften der Gemeindeordnung, die ein solches Prozedere vorsehe, sollten nicht schützenswerte Interessen betroffen sein.

Bürgermeister Moser schlägt abschließend vor, den städtischen Rechtsberater in eine der kommenden Sitzungen einzuladen und den Sachverhalt mit diesem eingehend zu beraten.

Hiergegen regt sich kein Widerstand.

5 Bebauungsplan "Krankenhaus" Engen und Anselfingen Beschlussfassung über die eingegangenen Anregungen (Abwägung) Vorlage: 105-16

Der Beschlussfassung liegt die Vorlage Nr. 105-16 samt umfangreicher Anlagen zugrunde. Stadtbaumeister Distler geht auf die einzelnen eingegangenen Anregungen und deren Abwägung detailliert ein.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Den Vorschlägen der Verwaltung zu den eingegangenen Anregungen (Abwägung) wird zugestimmt.

6 Beschlussfassung zur Vergabe der Arbeiten für die Außenanlage bei der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Engen-Neuhausen, Am Bahnhof 4 Vorlage: 132-16

Bürgermeister Moser verweist auf die Vorlage Nr. 132-16.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der Firma Garten- und Landschaftsbau Schwehr, Engen den Auftrag zur Angebotssumme von 81.799,06 € zu erteilen.

7 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

Heute liegen keine Anfragen seitens der Bürgerschaft vor.

8 Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Heute ist keine Beschlussfassung über eingegangene Spenden erforderlich.

9 Dringende Vergaben

Heute liegen keine dringenden Vergaben zur Beschlussfassung vor.

10 Mitteilungen

10.1 Umlauf:

- **Mitteilung Veranstaltungen im Erlebnisbad Engen**

- 10.2** - **Schreiben des staatlichen Schulamts Konstanz vom 20.06.2016 zur Bestellung von Frau Rektorin Duffner zur geschäftsführenden Schulleiterin**

- 10.3** - **Schreiben des staatlichen Schulamtes Konstanz vom 10.06.2016 zur Besetzung der Stelle der zweiten stellvertretenden Schulleiterin am Anne-Frank-Schulverbund in Engen mit Frau Greiffenberg**

10.4 Planetenweg

Bürgermeister Moser gibt die Schirmherrschaft für dieses Projekt zurück, da aus seiner Sicht die Geschäftsbasis für ihn nicht mehr gegeben sei und begründet dies im Gebaren des Initiators Jobst Knoblauch. Er würde dies Herrn Knoblauch auch schriftlich noch mitteilen.

11 Anregungen und Anfragen

11.1 Ablagerungen Grundstück Robert Hogg auf Gemarkung Stetten

Stadtrat Peter Kamenzin informiert die Verwaltung, dass auf dem entsprechenden Grundstück unzählige Gerätschaften (Traktoren, Bagger, Container) gelagert seien. Dies sei aus seiner Sicht sicher nicht zulässig, da es sich um Außenbereich handelt. Bürgermeister Moser versichert, dies dem Landratsamt weiter zu melden.

11.2 Verkehrssituation Innenstadt Engen

Stadtrat Peter Kamenzin würde sich wünschen, dass alsbald eine Verkehrsplanung im Innenstadtbereich vorgenommen werden könnte. Bürgermeister Moser verweist auf die Beratungen in der Klausurtagung, nach denen eine Überplanung im Rahmen des Sanierungsgebietes Innenstadt ins Auge gefasst sei. Ideen diesbezüglich könnten jedoch von der Verwaltung aufgelistet werden und in einer Sitzung des Technischen- und Umweltausschusses vorgetragen werden.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Patrick Stärk
Protokollführer

Anja Futterer
Stadträtin

Jürgen Waldschütz
Stadtrat
